

VIK-VCI-Stellungnahme

zum Verfahren „KAP+“ für zusätzliche Kapazitäten im deutschlandweiten Marktgebiet

Zweite Konsultation: Gemeinsames Konzept der Fernleitungsnetzbetreiber für ein Überbuchungs- und Rückkaufsystem

08.11.2019

Vorabbemerkungen

Die Bundesnetzagentur hat am 11.10.2019 das von den Fernleitungsnetzbetreibern vorgelegte Konzept für ein Überbuchungs- und Rückkaufsystem (im Folgenden: ÜuR) im gemeinsamen Marktgebiet sowie eigene Erwägungen hierzu zur Konsultation gestellt. VIK und VCI nehmen zu diesen Konsultationsgegenständen nachfolgend Stellung.

Beschreibung der Produkte

Die Auffassung der Bundesnetzagentur hinsichtlich Erstellung und Aufnahme einer umfassenderen Produktbeschreibung und einer weitergehenden Prozessbeschreibung durch die FNB wird seitens der Verbände unterstützt.

Begrenzung des Anwendungszeitraums

Die Verbände begrüßen den im Konzept der FNB vorgesehenen zeitlich begrenzten Anwendungszeitraum des ÜuR bis 1.10.2024 in Verbindung mit dem unter Kapitel 8 beschriebenen Reviewprozess. Die flankierenden Erwägungen dahingehend, die Anwendung des ÜuR bis zu dem genannten Zeitpunkt als Testphase zu nutzen, vor einer nachgelagerten Überführung in den Rahmen des § 9 Abs. 3 GasNZV, wird unterstützt, um die Verlässlichkeit bezüglich des zukünftigen Kapazitätsangebots herzustellen.

Effizienz des Regimes sicherstellen

Zur Sicherstellung der Effizienz eines ÜuR sehen sowohl FNB als auch BNetzA vor, dass dessen Kosten geringer sein müssen als alternativer Netzausbau, bzw. höhere Kosten in Netzausbau münden müssen. Diese Betrachtung in Verbindung mit dem von den FNB vorgeschlagenen Reviewprozess wird von den Verbänden unterstützt.

Relevante Netzpunkte

Einer Beschränkung des Angebots zusätzlicher Kapazitäten auf das H-Gas-System stimmen die Verbände unter der Voraussetzung zu, dass im L-Gas-System keine strukturellen Engpässe nach der Marktgebietszusammenlegung zu erwarten sind. Hierzu sollte eine klare Aussage der Fernleitungsnetzbetreiber erfolgen. Sofern im L-Gas-System, ggf. zu einem späteren Zeitpunkt strukturelle Engpässe absehbar sein sollten, sollte hierfür bereits heute ein Mechanismus zur Behebung solcher Engpässe implementiert werden.

Einem expliziten Einbezug von Einspeisepunkten zu Speichern, wie seitens der Bundesnetzagentur vorgeschlagen, stimmen die Verbände ebenso zu. Das Angebot zusätzlicher Kapazitäten an Ausspeisepunkten zu Letztverbrauchern bzw. nachgelagerten Verteilnetzbetreibern ist aus Sicht der Verbände ausdrücklich auszuschließen, da eine Kapazitätseinschränkung an diesen Punkten nach der Marktgebietszusammenlegung im Kapazitätsmodell nicht vorgesehen ist. Zudem sind insbesondere industrielle Letztverbraucher auf planbare Kapazitäten an den Ausspeisepunkten angewiesen. Auch ist an diesen Punkten kein Wettbewerb bei Rückkaufauktionen zu erwarten.

Kapazitätsprodukte

Nach Ansicht der Verbände sollten im Rahmen des Überbuchungssystems angebotene Kapazitäten als einheitliches Kapazitätsprodukt zusammen mit den anderweitig buchbaren Kapazitätsprodukten angeboten werden. Die Anwendung des ÜuR sollte sich auf Einspeisepunkte beschränken.

Kapazitätsniveau

Es ist vorgesehen, dass die Bestimmung der Höhe der angebotenen Kapazität durch die FNB erfolgt. Hier wäre es aus Sicht der Verbände wünschenswert, wenn seitens der BNetzA Leitlinien vorgegeben würden, wie der Kapazitätsbedarf bestimmt wird. Denn letztlich ist die Höhe der zur Verfügung gestellten Kapazität der wesentliche Parameter, der die Liquidität im zusammengelegten Marktgebiet bestimmt. Die Steigerung der Liquidität wiederum ist die wesentliche Zielgröße des Verordnungsebers bei der Vorgabe zur Zusammenlegung der Marktgebiete, und sie hat unmittelbare Auswirkung auf den Großhandelspreis.

Marktbasierte Instrumente und Rückkauf

Die Verbände stellen den gegenüber den marktbasierten Instrumenten grundsätzlich nachrangig vorgesehenen Rückkauf von Überbuchungskapazitäten in Frage. In Fällen, in denen Rückkauf kostengünstiger ist als eines oder mehrere der in der spezifischen Situation angebotenen marktbasierten Instrumente, wäre die Engpassbewirtschaftung nicht

kostenoptimiert. Die Einsatzreihenfolge sollte unter Berücksichtigung dieses Aspektes erneut erörtert werden.

Eine Preisobergrenze führt zur Kostenbegrenzung in pivotalen Angebotssituationen, kann jedoch auch Anbieter von Geboten abhalten und somit in Einzelfällen eine marktbasierende Auflösung von Engpässen verhindern. In der Folge führte dies zu ineffizienten Ergebnissen. An dieser Stelle sollte ergebnisoffen diskutiert werden, inwieweit die Aufhebung eines nachrangigen Rückkaufs von Überbuchungskapazitäten zu einer Lösung beitragen kann. Der seitens der FNB regelmäßig durchzuführende Reviewprozess sollte jedenfalls gewährleisten, dass im Falle von geringeren Opportunitätskosten Netzausbau eingeleitet wird.

Kostenwälzung

Grundsätzlich befürworten die Verbände die Einbeziehung der Kosten des Angebots zusätzlicher Kapazitäten in die Erlösbergrenze. Damit wäre eine verursachergerechte Allokation auf Entry- und Exitpunkte gewährleistet. Es wäre zudem zu begrüßen, wenn das Verfahren BK9-19/606 „KOMBI“ parallel zum Verfahren „KAP+“ abgeschlossen würde. Ansonsten würden bei einer ungeklärten Kostenanerkennung Fehlanreize im Hinblick auf ein optimales Kapazitätsangebot entstehen.

Der VIK ist seit 70 Jahren die Interessenvertretung industrieller und gewerblicher Energienutzer in Deutschland. Er ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband mit Mitgliedsunternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen, wie etwa Aluminium, Chemie, Glas, Papier, Stahl oder Zement. Der VIK berät seine Mitglieder in allen Energie- und energierelevanten Umweltfragen. Im Verband haben sich 80 Prozent des industriellen Energieeinsatzes und rund 90 Prozent der versorgerunabhängigen Stromerzeugung in Deutschland zusammengeschlossen.

Verband der Chemischen Industrie e.V.
Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt

- Registernummer des EU-Transparenzregisters: 15423437054-40
- Der VCI ist in der „öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ des Deutschen Bundestags registriert.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2018 rund 204 Milliarden Euro um und beschäftigte 462.000 Mitarbeiter.